

Arbeiterstimme

Tageszeitung der KPD. / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostfachsen
Beilagen: Der Rote Stern, Die Kommunistin, Der kommunistische Gewerkschafter, Der kommunistische Genossenschaftler, Wirtschaftliche Rundschau, Kunst und Wissen

Bezugspreis für den Monat drei Mark 20 Pf. (halbjährlich 12 Mark); durch die Post bezogen monatlich 2 Mark (ohne Aufschlaggebühren) / Verlag: „Arbeiterstimme“, Dresden-N. / Geschäftsstelle und Expedition: Osterbahnpostf. 2 / Fernsprech-Gesamtnummer 14191 / Postfachkonto Dresden Nr. 13253, Emil Schlegel-Schiffbauerei: Dresden-N., Osterbahnpostf. 2 / Fernspr.: Amt Dresden Nr. 17259 / Druckerschrift: „Arbeiterstimme“ Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Wochentags 4-6 Uhr (außer Dienstag u. Donnerstag)

2. Jahrgang
Sonntag, den 16. Oktober 1926
Nummer 231

Der Schandvertrag angenommen

Die sozialdemokratischen Helfer — Der Landtag abgesperrt — Arbeiter werden nicht zugelassen
Nicht kommunistische Abgeordnete herausgeworfen — Bürgerliche Republikaner mit der KPD

„Diese Verleumdungen machen die Angehörigen des früheren Reiches zu schwerem Geschandbesessenen, und entheben auch ihre Kinder und Enkel der heilsamen Notwendigkeit, ihre körperlichen und geistigen Kräfte anzuspannen.“
(„Vossische Zeitung“, 16. Oktober.)

Der Schandvertrag der preussischen Regierung mit den Hohenzollern ist gestern vom Landtag ratifiziert worden. Rückwärts hat die Mehrheit, abgesehen von den Sozialdemokraten, den Willen der 15 Millionen Wähler mit Füßen getreten.

Mit 288 Stimmen gegen 37 bei 60 Stimmenthaltungen hat der preussische Landtag das Gesetz über die Abfindung der Hohenzollern angenommen.

Die gesamte Schand für diesen 500-Millionen-Raub an dem notleidenden deutschen Proletariat fällt auf die Sozialdemokraten. Sie haben durch ihre passive Haltung, durch die Zustimmung ihrer Fraktion zu diesem Raubvertrag erst die Möglichkeit zur Errichtung dieses Gesetzes gegeben. Der Zweck des gesamten Mandats ist die Einleitung der Großen Koalition. In der Landtagsberatung hat der Demokrat Kuchel unter den Vorsitzenden der SPD diesen Zweck erklärt. Er erklärte, daß zu der Errichtung der Koalition auch eine Befriedigung der Arbeiterfrage gehöre. Die Bildung der Großen Koalition ist also ein Ziel.

Der Preis, den die Sozialdemokraten für ein paar Ministerposten zahlen, das ist die Neubildung der monarchistischen Pläne, das sind 500 Millionen, die aus den Knochen der Proleten herausgehauen werden müssen.

Diese Haltung der Sozialdemokraten ist erbärmlicher Verrat am Proletariat. Sie zeigt aber auch die Politik voraus, die das Proletariat von der Koalitionsregierung zu erwarten hat. Der Sozialdemokrat Barthel zeigte sich als der vortrefflichste Anwalt der Reaktion.

Die schändlichen Arbeiter haben ja aus den Erfahrungen der Koalitionsregierung in Sachsen einen Geschmack bekommen. Für die nächsten Arbeiter haben die Vorgänge in Preußen noch die besondere Bedeutung, daß sie die sogenannten „linken“ Sozialdemokraten enthalten. Die „Linken“ denken die Politik der Koalitionsregierungen in Preußen, sie werden eine solche Politik in Sachsen betreiben. Mehr noch: die „Linken“ unterstützen den Raubvertrag mit den Hohenzollern, sie stehen in einer Front mit den Hohenzollern-Lakaien. Daran werden die schändlichen Arbeiter in den nächsten Wochen und besonders bei ihrer Entscheidung für Landtagswahl zu denken haben. Da werden die Arbeiter alle Preisen und Lügen der „Linken“ zurückweisen.

Der sozialdemokratische Landtagspräsident hat alle Beschlüsse getroffen, damit der Wille der Massen die Gesellschaft der „Volksobertrager“ nicht berühre. Die Forderungen der Massen waren anders, wie die Entscheidung der Mehrheit des Reichsparlaments.

Aus Betrieben und Gewerkschaften usw. strömten gestern die Delegationen zum Landtag.

Am noch in letzter Stunde vor Annahme des Hohenzollernvertrages die SPD-Fraktion zu einer Änderung ihrer Haltung zu bewegen. Vor dem Portal des Landtags stauten sich die Delegierten und warteten nervös auf Einlass. Der SPD-Präsident Barthel hatte den Landtag hermetisch abgeschlossen. Die Schande war mit einem starken Aufgebot im Landtag positioniert. In der Kammer des Landtages saßen Einzel in Zivil herum. Kein Abgeordneter der SPD konnte mit einem Besucher sprechen, ohne Schand zu werden. Wahrscheinlich ein ergötliches Bild für diese Demokratie! Unter den vielen Delegationen, die nicht in den Landtag zu gelangen vermochten, befanden sich zahlreiche Frauen-Delegationen, Mütter von 60-70 Jahren, Kriegsoberdelegationen, Delegationen der besten Kaufmännischen und technischen Angestellten, der größten Betriebe, vieler Gewerkschaften und aus öffentlichen Versammlungen usw.

Die Genossen Barthel und Kollmitz klärten vor dem Portal die Delegationen über den Zweck der Absperrungen auf. Einmalige Proteste wurden laut, als die beiden Genossen erklärten, daß die SPD mit den Deutschnationalen gemeinsam den Antrag der Kommunisten, die Absperrungsmassnahmen aufzuheben, nicht angenommen hat. Die Delegationen wurden von der SPD nicht empfangen. Als es dennoch einem Vertreter der freien Gewerkschaften des Ortsausschusses Strausberg gelang, den SPD-Abgeordneten Lüdemann zu erwischen, erklärte dieser anmündlich, daß er nicht der Vertreter der Arbeiter sei, seine Stellung sei klar, er werde sich der Stimme enthalten. Die Antwort der vielen SPD-Delegierten war, daß sie gegen ihre Parteimitgliedsbücher zerrissen. Infolge der Absperrungsmassnahmen war es den weißen Delegationen überhaupt nicht möglich, in den Landtag zu gelangen.

Im Landtag leitete die KPD-Fraktion als einzige ihren entschlossenen Kampf gegen das Schandgesetz fort. Sie betrieb die Diskussion bis weit, umso von der gesamten bürgerlichen Rechte und den SPD-Abgeordneten. Die KPD-Fraktion verlangte zuerst

die Entsetzung der Reimoldbeamtinnen
Der Antrag wurde abgelehnt. Genosse Benneid verlor dann, daß zuerst über den kommunistischen Antrag beraten werde, der 500 Millionen — genau so viel wie die Hohenzollern erhalten — für die Erwerbslosen, Kurzarbeiter, Sozial- und Kriegsveteranen fordert, beraten werde. Der Antrag wurde abgelehnt.

Kunze verlangte Genosse Schwenk, daß zuerst über das kommunistische Misstrauensvotum gegen das Staatsministerium, das den Willen der 15 Millionen Wähler mißachtet, abgestimmt werde. An dem Widerspruch der Deutschnationalen scheiterte dieses Verlangen.

Genosse Partei Is verlangte, daß über den kommunistischen Antrag:

„Der Landtag löst sich auf!“
abgestimmt werde. Die Rechte beglückte diese Forderung mit wildem Geschrei. Als Partei Is den Antrag begründen will, entzieht ihm der Präsident das Wort.

Genosse Pies verlangt die Wiederholung der Abstimmung der zweiten Lesung. Genosse Eberlein verlangt die Aussetzung der Verhandlungen um 4 Wochen. Der Präsident entzieht ihm das Wort.

Diese Anfechtung der Redefreiheit legt der sozialdemokratische Präsident fest.

Als unsere Genossen zwei Stunden Redzeit, die Einberufung des Rechten Ausschusses verlangen, wird ihnen das Wort entzogen. Die Mehrheit und die Sozialdemokraten sind entschlossen, mit allen Mitteln der Brutalität den Gesetzentwurf zur Entscheidung zu bringen.

Genosse Ochs verlangt die Herbeirufung des Ministerpräsidenten, der seine zurückgeblieben. Auch ihm wird das Wort entzogen.

Genosse Grube brandmarkt dann die Entscheidung dieses Schandvertrages. Er geißelt die Haltung der Sozialdemokraten, die in der Fraktion stehen. Er enthält die bürgerliche Politik der Deutschnationalen, die in dem Wohlkampf den Keinen Spatzen Besprechungen machten, jetzt aber den Hohenzollern Knievermögen zuzuhängen.

Auf die demagogische Frage der SPD, was wir für einen Ausweg haben, erklärt er:

Auflösung des Landtags! — Auflösung des Reichstages!
Appell an das Volk!

Die KPD wird den Kampf weiterführen, auch wenn heute das Schandgesetz angenommen wird.

Es sprechen nach die Genossen Pies, Kasper, Meyer und Klee.

Entschlossene Republikaner für die KPD

Genosse Partei Is wendet sich dann gegen die Besetzung der Tribünen mit Volkspolizei und gegen die Kommunistenbeise in den Zeitungen. Selbst entschiedene Republikaner sind mit der Taktik der KPD einverstanden. Der Fraktion ist folgendes Schreiben zugegangen:

„Die Arbeitsgemeinschaft entschiedener Republikaner hat das Bedürfnis, Ihnen für Ihren entschlossenen, mit allen parlamentarischen Mitteln geführten Kampf gegen den Vertrag mit den Hohenzollern zu danken. Ihre Fraktion besitzt in diesem Kampf nicht nur den weitaus größten Teil des Proletariats, sondern auch viele Schichten des freiwillig gestellten Bürgerturns. (Hört, hört!) In den Kommunisten! Wir geben der Hoffnung Ausdruck, daß der Kampf nicht zu Ende sein wird, auch wenn es der Reaktion gelänge, in der heutigen Sitzung die wahre Volksmeinung niederzuknurren.“

Wir legen ein Mittel zur Weiterführung des Kampfes in der Besetzung der Landtagsausführung durch Volkspolizei und der Vornahme der künftigen Landtagswahlen unter der Kontrolle

Für oder gegen die ehemaligen Fürsten!
Mit Kampfdruck
Arbeitsgemeinschaft entschiedener Republikaner
Der Arbeitsausschuß

Unsere Freunde und Genossen mögen diese Haltung bürgerlicher Republikaner den „Linken“ in Sachsen unter die Nase halten.

Unsere Fraktion führt den Kampf im Parlament weiter, indem sie ständig neue Obstruktionsanträge stellt, um die Beratung des Gesetzes zu verzögern.

Nachdem dann der Finanzminister noch ein paar Worte gestammelt, verlangt Genosse Pies die Besprechung. Nachdem noch einige Genossen gestochen, beginnt ein stundenlanger Kampf um die Abstimmung.

In namentlicher Abstimmung wurde dann obiges Resultat erzielt. Nach der Verkündung des Resultates kam es zu hitzigen Auseinandersetzungen.

Ein bürgerlicher Abgeordneter greift einen Genossen an. Es kommt zu einer Schlägerei. Abgeordneter Gornisch schwingt ununterbrochen die Glöde. Endlich verläßt er das Pult. Genosse Kasper nimmt die Glöde fort. Auf den Tribünen hatten neben einer Menge Beamten eine Anzahl Besucher Zutritt erhalten. Der Präsident läßt die Tribünen räumen. 8 KPD-Abgeordnete werden noch herausgeworfen.

Dann werden sämtliche Misstrauensanträge gegen die Regierung und die einzelnen Minister in namentlicher Abstimmung abgelehnt. Die Deutschnationalen solidarisierten sich durch Stimmenthaltung mit der Regierung Braun.

Der Schandvertrag ist mit Hilfe der SPD angenommen. Die Arbeiter werden unter Führung der KPD weiter kämpfen. Gestern demonstrierten die Berliner Arbeiter in wichtigen Straßen demonstrierend gegen das Verbrechen am Proletariat. Der Konzeß der Werkstätten wird die gesamte Front gegen die Räuber und ihre Helfer heissen.

Gegen Hohenzollernraub und Hohenzollernbloß

Berlin, den 15. Oktober 1926.

Der Hohenzollernbloß im preussischen Parlament hat in der heutigen Sitzung des Landtages gestiftet. Der von der Braun-Regierung vorgeschlagene Vertrag mit den Hohenzollern ist angenommen worden. Die „Volksobertrager“ in der Prinz-Albrecht-Straße haben hübsch brav, so wie es ihnen von ihren Hintermännern befohlen wurde, den Finger hochgehoben und dokumentiert, daß sie den Hohenzollern eine gefälschte Existenz ermöglichen wollen, weil das doch, nach „demokratischem Recht“ und „hitziger Staatsauffassung“ notwendig ist.

Denn dafür sind die Männer der Prinz-Albrecht-Straße „Volksobertrager“.

Das Volk aber wurde nicht gefragt. Es hat nichts zu sagen. Es ist nur dazu da, um hinterher, wenn die Vertreter des Volkes die Millionen bewilligt haben, zu bezahlen. So wollen es die hohenzollern „Volksobertrager“. Wirklich die Durchsetzung der Hohenzollernverträge im Preussenparlament ist ein Außerordentlich für die Anwendung der Demokratie, von der die Wahlen des Landtages zu fingen und sagen wollen.

Wie war die Lage?

Das Deutsche Reich ist eine Republik, und einer seiner Bestandteile ist der Freistaat Preußen. Der Freistaat Preußen hat es für notwendig, dem dahingelaufenen Monarchen Millionen nachzuwerfen. Sein Vermögen wurde im Jahre 1918 beschlagnahmt. Es wurde sichergestellt, damit das durch die Revolution souverän gewordene Volk — so bleiben doch die Klapsfedern der Demokratie immer zu sagen — davon nicht Bestes ergreifen könne. Im Oktober wurde vom preussischen Finanzminister ein Vertrag abgeschlossen. Er wurde dem Landtag nicht vorgelegt, weil die Massen des wertvollen Volkes aufstanden und in gewaltiger Wut den Volksentscheid für Preis einlegten. Die Reichsregierung brachte hinterher ihr Kompromiß ein, über das nicht abgestimmt wurde. Es war ein so schändliches und ein so schändliches Kompromiß, daß die Reichsregierung es vorzog, es zurückzuziehen, damit es später, wenn über die ganze Angelegenheit Gras gewachsen sei, angenommen werde.

Inzwischen hat der preussische Finanzminister einen neuen Vertrag abgeschlossen, der nach seiner eigenen Auffassung noch schlechter ist als das Kompromiß vom Sommer dieses Jahres.

Der Volksentscheid ist den Hohenzollernfreunden mühselig in die Knochen gefahren. Sie wissen, daß, wenn über die ganze Angelegenheit viel gesprochen und diskutiert wird, ein neuer Aufruhr sich erheben wird. Denn das Volk, in dessen Namen die Herrschaften von der Weintraube zu sprechen vorgehen und das sie angeblich repräsentieren, lehnt diesen Vertrag ebenso ab, wie den im vorigen Jahre, wie den Kompromißvertrag vom Sommer!

Sie preisen auf den Volkswillen und bringen ihren Vertrag unter Dach und Fach. Sie haben ihn angenommen und fahren nun betrieblig nach Hause. Ein Stück Arbeit ist geschafft! Sie haben ihrem Kaiser und König treu gedient und das wertvolle Volk über den Rüssel gehärtet.

Was hieß hier „gründliche Beratung“? Der Vertrag mußte angenommen werden und damit basta! Was heißt hier „Opposition“? Sie muß niederknurren werden auf jeden Fall, damit der Vertrag angenommen werden kann!

So hat sich im Preussenparlament die Demokratie häßlich gezeigt. Es war für die Reaktionäre, es war für die Bourgeoisie notwendig, daß der Vertrag angenommen wurde, also hätte der gefällige Landtag das zu tun. Er wurde durchgepeitscht in einer Woche; er wurde heute angenommen.

Die Sozialdemokraten haben sich als die besten Einspänner gezeigt. Sie, die noch den Volksentscheid mit durchführten — allerdings gezwungen durch den Druck der Massen — schmeißten alles über Bord und fischen mit wackelnden Fischen im Hohenzollernlager. Sie haben sich zurückgezogen, und ihren „Recht“ vom 20. Juni verstoßen sie wieder wegzumachen durch um 10 bessere Arbeit für die Hohenzollern und ihre Freunde. Sie, die in ihrer kommenden Werbeweise die Vorzüge der Demokratie anpreisen werden, haben auf die elementarsten Grundzüge der Demokratie gepfiffen, sich über sie hinweggesetzt, weil Braun, weil die preussische Regierung, weil Wilhelm es verlangte.

Der Wille der fünfzehn Millionen ist ihnen Gebude.

Die Front der Hohenzollernfreunde glaubt, die Sache im richtige Lot gebracht zu haben. Der Hohenzollernbloß glaubt nun wäre alles erledigt, und die breiten Volksmassen würden sich zufrieden geben.

Die Herrschaften werden sich täuschen. Das wertvolle Volk hat den Wert dieser Demokratie erkannt. Das wertvolle Volk

en- und
eroben
nigen
haus
Pengersdorf
frische
und
aren
Pirna
Markt
eater
rogramm
manns
Deutig-
41
E
nur
billig